

Krieg und Wahrheit

Der Westen hätte den Ukraine-Krieg vermeiden können Gedanken eines Nichtexperten

Günther Moewes



Grundsätzlich muss gelten: Wer zuerst Gewalt anwendet, darf nicht ungestraft davonkommen. Wer geforderte und berechnete Sicherheitszusagen verweigert, aber auch nicht.

Dieser Beitrag ist der Versuch, der weitgehend emotional geführten Meinungskampagne von Parteien und Medien auf allen Seiten, sowohl der kriegführenden als auch der westlichen Unterstützer der Ukraine, um einige bisher kaum bekannt gewordene Fakten zu ergänzen. Deshalb auch die beigefügte Faktenchronik und die ausführliche Literaturliste.

Der uralte Bellizismus in uns

Eine Zeit lang konnte man denken, der Bellizismus sei in Deutschland weitgehend überwunden. Unsere Bundeswehr ist sympathischer als alle bisherigen deutschen Armeen, erst recht als die Stechschrittarmeen Chinas und Russlands. Wir haben inzwischen sogar einen überzeugenden Pazifismus. Und wir hatten zu Zeiten Petra Kellys und Antje Vollmers einmal eine veritable Friedenspartei. Wie konnte es dann jetzt wieder zu einem so plötzlichen Ausbruch von Bellizismus kommen, insbesondere in den Mehrheitsparteien und -medien?

Ein stillschweigender Bellizismus schlummert sowieso noch in Deutschland und Europa. In Geschichtsbüchern bekommen Herrscher, die in Kriegen möglichst viel Land und Macht erobert hatten, den Beinamen die „Großen“ oder die „Eroberer“: Alexander, Karl, Otto, Friedrich, Peter, Katharina und „William the Conqueror“ – alles „Große“. Im Lateinunterricht ging es immer um „bellum“. Und Napoleon, der im ersten großen Feldzug gegen Moskau sinnlos 300 000 seiner eigenen Landsleute verheizte, wird von den Franzosen immer noch liebevoll im Invalidendom aufbewahrt. Wer das nicht schaffte, wurde wenigstens in Mausoleen bestattet oder in heroischen Reiterstandbildern verewigt. Das alles steckt immer noch tief in uns allen (Lit. Supp).

Kriege können auch aus Mangel an Objektivität entstehen: Jeder hält sich für die Inkarnation des Guten und den Gegner für die des Bösen. Kaum jemand begreift mehr, welche Provokation das eigene Reden und Handeln für den anderen bedeutet. Selten will man wahrhaben, dass die Sicherheitsbedürfnisse des Gegners berechtigt und ernst gemeint sind.

Man befürchtet, etwaige eigene Zweifel könnten als Schwäche ausgelegt werden. Das Freund-Feind-Denken be-

stimmt das Regierungshandeln und den Tonfall der Medien. Folgen werden immer weniger durchdacht, Risiken geschönt. Es wird immer schwieriger, davon wieder herunterzukommen. Auch deshalb sind Verhandlungen so wichtig.

Bellizisten bedienen sich seit ewig immer und überall der gleichen Parolen: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“. Hat man ja gesehen. Wer sich gegen die Lügen des eigenen Lagers stellt, „besorgt das Geschäft des Feindes“. „Der Feind ist nur an den Verhandlungstisch zu bringen, wenn er sieht, dass er den Krieg nicht gewinnen kann“. Ein bekannter Kriegshistoriker, der noch nie fürchten musste, selbst in einem Krieg kämpfen zu müssen, prägte den Begriff „Unterwerfungspazifismus“. Klar: Wenn der Pazifismus um sich greift, hat er nichts mehr zu schreiben (Lit. Münkler). Alles Selbstläufer der Eskalation. Pure Kriegstreiberei. Da das die Feinde auf beiden Seiten der Front immer gleichzeitig und meist weitab vom Schlachtfeld sagen, dauert das eben mal vier oder dreißig Jahre lang, bis beide Seiten ihre Fehler einsehen. Bellizisten gehen von der Annahme aus, dass nur Parteilichkeit den Sieg bringt. Pazifisten gehen von der Annahme aus, dass nur Unparteilichkeit den Frieden bringt. Meist haben auf beiden Seiten Bellizisten das Sagen. Aber selbst, wenn nur auf einer Seite Bellizisten sitzen, behalten sie die Oberhand.

So ist der erste Weltkrieg entstanden. Niemand hat ihn wirklich gewollt. Niemand hatte mit einem Gemetzel dieses Ausmaßes und mit neun Millionen Toten gerechnet. Die Kaiser und Fürsten Europas waren ja alle miteinander verwandt und duzten sich. Man rüstete eigentlich nur wie wild auf, weil die Verwandten aufrüsteten und man ihnen nicht nachstehen wollte. Und man machte sich vor, das eigene Aufrüsten würde sie eher von einem Krieg abschrecken. Obwohl die damaligen Staatsoberhäupter noch keine Wahlen zu fürchten hatten, trieb die damalige Presse sie vor sich her. Kriegsbegeisterung war schon immer einträglicher als Pazifismus. Und natürlich spielte auch immer eine Rolle, dass die Anstifter nicht selbst an die Front mussten. Könnte es sein, dass heute die erstaunlich bellizistischen Töne der grünen „Friedenspartei“ und einiger FDP-Frauen eine ähnliche Ursache haben? Auch vor dem ersten Welt-

krieg waren SPD und Linke als einzige gegen den Krieg. Diese beängstigenden Parallelen zwischen damals und heute sind auch dem inzwischen hundertjährigen Henry Kissinger aufgefallen. Er weist darauf hin, dass nicht einseitiges Vormachtstreben das Kriegsrisiko verringere, sondern nur eine vernünftige Machtbalance. Und dass man Verhandlungen nicht erreiche, ohne Verhandlungsmasse anzubieten. „Die Welt ist näher an 1914 als an 1939“, titelte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (Lit. Fukuyama). Hoffentlich ist sie nicht näher am Atomkrieg als an 1914.

Über den Ukraine-Krieg



Schon jetzt ist die Bilanz des Ukraine-Kriegs vernichtend. 17 Prozent Geländegewinn Russlands und geschätzte 280.000 bis 340.000 Tote. erinnert an Verdun. Ein „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“ heißt es im Westen. Schließlich hat Russland ja die Ukraine überfallen und nicht die Ukraine Russland. Der Überfallene durfte bisher im Gegenzug noch nicht einmal in das Land des Aggressors eindringen. Angriffskriege sind laut UN-Charta verboten, Selbstverteidigung dagegen nicht. Allerdings klingt das Wort „völkerrechtswidrig“ aus westlichem Munde zynisch: Vietnamkrieg, Irakkrieg, Libyenkrieg, Serbienkrieg, Besetzung der Golanhöhen - alles westliche, völkerrechtswidrige Angriffskriege ohne UN-Beschluss und ohne vorausgegangenen Angriff der Überfallenen.

War der Ukraine-Krieg also ein unerwarteter „Überfall“, wie der Westen das gern behauptet? Allen voran Frau Baerbock und ihre ehemalige „Friedenspartei“. Putin hatte nach Abschluss der Minsker Verhandlungen I und II mehrfach Sicherheitszusagen von NATO und USA gefordert. Diese Verbalnoten sind alle dokumentiert, wurden aber vom Westen weitgehend totgeschwiegen. Schon am 15.4.21, also zehn Monate vor Beginn des unerwarteten „Überfalls“, hatte die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ gerätselt, warum Putin wohl bei Woronesch nahe der ukrainischen Grenze 70 000 Soldaten zusammengezogen habe (Lit. Thumann). So unerwartet kann der „Überfall“ also nicht gewesen sein. Zwei Monate vor Kriegsbeginn sandte Putin der NATO und den USA am 17.12.21 noch einmal je einen Vertragsentwurf zu. Der an die NATO enthielt 13 Punkte, an die

USA sieben weitere Punkte (Lit. Ensel, Nienhuysen, Schuster). Über diese Vertragsentwürfe wurde zwar von einigen deutschen Medien berichtet. Von den USA und der NATO wurden sie aber nicht beantwortet. Auch nicht von der am 7.1.22 dazu einberufenen außerordentlichen digitalen Zusammenkunft aller 30 NATO-Außenminister. Lediglich auf der danach stattfindenden Pressekonferenz erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg: Jedes Land habe das Recht, jedes Bündnis selbst zu wählen, dem es beitreten wolle. Diese Aussage beweist wenigstens, dass Putin vorher Einwände geltend gemacht haben muss. Auch das wird ja bisweilen bestritten. Andert halbe Monate später begann der Krieg.

Worum ging es Putin in seinen Verbalnoten und Vertragsentwürfen? Es ging ihm vor allem darum, dass die Ukraine nicht der NATO beitrifft und dass dort keine Raketen oder gar Atomwaffen stationiert werden. Das war ja bereits weitgehend in den Minsker Abkommen zugesagt worden, neben vielen anderen Punkten (s. Chronik). Diese „anderen Punkte“ waren aber von der Ukraine überhaupt nicht eingehalten worden. Offenbar mit stillschweigender Duldung durch die USA. Putin musste deshalb befürchten, dass auch kaum die Absicht bestand, sie künftig einzuhalten. Das wurde durch die Äußerung Angela Merkels unfreiwillig bestätigt, wonach sie in den Minsker Verhandlungen vor allem den Zweck gesehen hätte, Zeit für die allzu unvorbereitete Ukraine zu gewinnen. Sie hielt diese Feststellung wohl für eine geschickte Ausrede gegenüber den plötzlichen und schäbigen Anfeindungen der Meinungsmedien gegenüber der früheren Russlandpolitik von Schröder, Steinmeier und ihr. Und sie bedachte wohl nicht, dass sie dadurch nur Putins alten Verdacht bestätigte, die langwierigen Minsker Verhandlungen seien vom Westen von vornherein in der Absicht geführt worden, die Ergebnisse nicht einzuhalten.

Waren Putins Forderungen nach Sicherheitszusagen berechtigt? Vielleicht kann man das am besten durch einen Vergleich mit einer anderen historischen Krise verdeutlichen: Schon einmal hat ja die Konfrontation zwischen Russland und den USA beinahe den dritten Weltkrieg ausgelöst. Das war 1962 in der dreizehntägigen Kubakrise: Der damalige sowjetische Staats-

chef Chruschtschow war Ukrainer, wie auch sein Nachfolger Breschnew. Der sogenannte kalte Krieg war damals auf dem Höhepunkt. Chruschtschow hatte mit Fidel Castro heimlich verabredet, sowjetische Atomraketen auf Kuba zu stationieren. Von dort sind es 200 km bis Florida und 1.800 km bis Washington. Die US-Aufklärer entdeckten die sowjetischen Schiffe mit den deutlich sichtbaren Raketen auf dem Atlantik. Kennedy kündigte an, die Schiffe zu versenken, falls sie nicht sofort umkehren würden. Die Welt hielt den Atem an. Ein Atomkrieg stand im Raum. Aber Chruschtschow lenkte ein. Die sowjetischen Schiffe kehrten um. Die Entschlossenheit Kennedys und das Einlenken Chruschtschows haben uns damals womöglich vor dem dritten Weltkrieg bewahrt. Jeder hielt es damals für selbstverständlich, dass Kennedy 200 km vor Florida und 1.800 km vor Washington keine russischen Atomraketen haben wollte. Wären die sowjetischen Schiffe nicht umgekehrt und Kennedy hätte sie versenken lassen, niemand hätte ihm einen „Angriffskrieg“ vorgeworfen. Nicht einmal, wenn er die Raketen erst zerstört hätte, nachdem sie auf Kuba angekommen waren.

Die NATO hätte den Krieg vermeiden können



Damals war es Chruschtschow, der den Krieg vermieden hat. Für das Erkennen von Kriegsursachen ist also immer die Frage wichtig: Wer hätte den Krieg am ehesten vermeiden können? Wäre die NATO 2021 auf die Vertragsvorschläge Russlands eingegangen, hätte sie ja keinerlei Beeinträchtigung ihrer bisherigen Verteidigungsfähigkeit hinnehmen müssen. Russland dagegen hätte den Ukraine-Krieg nur verhindern können, wenn es US-Raketen 410 km vor Moskau hingenommen hätte. Das wäre ein dramatischer Sicherheitsverlust gewesen. Obamas zynische Parole von der „Regionalmacht“ Russland war Programm, Teil der ewigen US-Hegemoniesucht (Chronik). Putins einzige Reaktionsmöglichkeit war von USA und NATO genau einkalkuliert. Sicherheit darf aber niemals nur als die eigene verstanden werden, sondern immer nur als die beider Seiten. Fazit: **Der Ukraine-Krieg hätte am ehesten verhindert werden können, wenn die NATO auf Russlands berechnete Forderung nach vertraglichen Sicherheitszusagen eingegangen wäre.**

Wer ist also Verursacher eines Krieges? Wer vorher mehrfach Verhandlungsvorschläge gemacht hat, oder wer diese Vorschläge ständig ignoriert oder abgelehnt hat? Der „Aggressor“ muss also nicht immer auch der Urheber des Krieges sein. Diesen eigentlichen Urheber auszumachen, ist der wichtigste Schritt weg vom Langerdenken, hin zur Objektivität. Auch das westliche Täter-Opfer-Klischee ist eine Verdrehung. Die Täter sind immer die Regierungen, die Opfer immer die Bevölkerungen. Mit den Methoden Ghandis hätte Putin die Stationierung von US-Raketen 410 km vor Moskau jedenfalls nicht verhindern können. Der Westen ist also nicht ganz so unschuldig wie er tut. *„Die NATO und Die EU...haben alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte...Im Dezember 2021 haben ...Putin und ...Biden telefoniert. Putin wollte über die Ukraine reden, Biden hat das abgelehnt“*, sagt Gregor Gysi (Lit. Gysi). Das ist eher eine Verharmlosung. **USA und NATO haben alle Forderungen, Verbalnoten und Vertragsentwürfe Putins gezielt ignoriert oder abgelehnt. Es ist ausgeschlossen, dass sie nicht wussten, in welche Situation sie Putin damit brachten. Sie haben damit einen Beitrag geleistet, der den Krieg unausweichlich machte.** Es sollte deshalb in die UN-Charta der Satz aufgenommen werden: Jede Nation, Regierung oder Militärorganisation, die vor einem Krieg Verhandlungen ablehnt, gilt künftig als Aggressor.

Der Politikwissenschaftler Nico Lange sagt: *„Russland hat einen der größten Kriege nach dem 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen“* (Phoenix 4.4.23, 16:42 Uhr). Solche Sätze sind nach dem hier Gesagten und angesichts der US-Angriffskriege in Vietnam, Irak, Afghanistan und Serbien absurd. Gibt es irgendein Verbrechen Putins, dass die USA nicht im Monumentalformat begangen haben? Völkerrechtswidrige Angriffskriege? Erlögenen Kriegsvorwände? Mutwillige Tötung von Zivilisten? Gefangenenfolter? Lager- und Isolationshaft ohne Urteil? Umgang mit Regimegegnern und Whistleblowern? Ausschluss regimekritischer Journalisten? Fake News?

Da wäre allerdings noch die Verschleppung Tausender Heimkinder aus dem besetzten Donbas (Lit. Boy u.a.). Später räumten einige TV-Sender ein, viele Kinder seien mit Zustimmung ihrer russlandfreundlichen Eltern aus dem

Kriegsgebiet in russische Erholungsheime gebracht worden. Da hatte der Internationale Strafgerichtshof schon seinen Haftbefehl gegen Putin erlassen. Und im deutschen TV jubelten alle: Jetzt sei Putins Reiseradius drastisch eingeschränkt. Doch der Schuss ging voll nach hinten los: Zuerst wies „Die Zeit“ auf die unerträgliche Doppelmoral hin (Lit. Bauer). Dann Amnesty International. Und mit einem Mal waren die Medien voll von Beiträgen, die fragten, wer da wohl alle aus dem Westen eher einen Haftbefehl verdient hätte.

Ist der bei seiner Bundestagsrede 2001 so gefeierte Putin plötzlich böse geworden? Jedenfalls wurde der abrupte Bruch der deutschen Russland-Politik nicht von Russland ausgelöst, sondern vielmehr unter dem Druck von USA und Medien in Deutschland und Europa. Dieser Bruch ist vor allem eine Frage der involvierten Persönlichkeiten: Auf der einen Seite standen und stehen u.a.: Antje Vollmer, Günter Verheugen, Klaus von Dohnanyi, Walter Steinmeier, Willy Brandt, Johannes Rau, Egon Bahr, Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Sarah Wagenknecht, Kohl, Genscher, Michael von der Schulenburg, sowie Habermas, Franz Alt, Alice Schwarzer, Wolfgang Streeck, Richard David Precht. Und in den USA: Kissinger, Mearsheimer, Kennan, Matlock, Burns, Gates, Wertheim und sogar Reagan (fast alle s. Lit.). Nicht alle Pazifisten, aber wenigstens um Objektivität bemüht. Auf der anderen Seite: Baerbock, Strack-Zimmermann, van der Leyen, Hofreiter, Stoltenberg, Obama, Biden, Blinken und der halbe Olaf Scholz. Sowie Herfried Münkler. Sie setzen Russland offenbar noch immer mit der Sowjetunion gleich. Der Leser mag sich aussuchen, auf wessen Seite er stehen will.

Auch das entschuldigt immer noch nicht die Brutalität von Putins späterem Angriff. Gregor Gysi sagt, Putin habe sich *„von seinen Geheimdiensten einreden lassen, die russische Armee würde in der Ukraine freudig begrüßt“*. Dann hätte er sofort nach Feststellung dieses Irrtums erneut auf Gespräche setzen müssen. Genau das hat er tatsächlich auch getan: Kurz nach Beginn des Krieges war der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett auf Bitten Selenskyis nach Moskau geflogen und hatte noch einmal zu vermitteln versucht. Er berichtete, dass Putin

und Selenskyi zu großen Zugeständnissen bereit waren und ein Waffenstillstand zum Greifen nah war. Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten diesen Vermittlungsversuch beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt (Lit. Scheidler, Chronik).

„Die NATO trägt eine Mitverantwortung“, wie es in einer Erklärung von sieben Bundestagsabgeordneten der Linken vorsichtig heißt. Die USA wollen erreichen, *„dass der Ukraine-Krieg Russland über Jahre militärisch bindet und wirtschaftlich ruiniert und zugleich die NATO...zusammenhält“*, wie es Wolfgang Streeck formuliert (Lit. Streeck). Jeffrey Sachs, ehemaliger Harvard-Professor und Sonderberater von UN-Generalsekretär Guterres formulierte es so: *„Die Ukraine weigerte sich, die Minsk-Abkommen umzusetzen. Ende 2021 machte Putin Russlands rote Linien deutlich: Eine NATO-Erweiterung mit der Ukraine sei nicht akzeptabel... und die Minsk-Abkommen müssten umgesetzt werden. Doch die Biden-Administration weigerte sich, über die NATO-Erweiterung zu verhandeln“* (Chronik 5.9.2014).

Offenbar reichen den USA ihre 350 Atombomben in Deutschland, Benelux und Italien nicht aus. Jede mit bis zur 13-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Die Bemühungen um das ferne Georgien zeigen eine regelrechte Einkreisungsstrategie. Wenn die 11 osteuropäischen Staaten nur aus dem Warschauer Pakt ausgetreten wären, hätte das für Russland schon einen enormen Machtverlust bedeutet. Durch ihren NATO-Beitritt hat sich dieser Machtverlust praktisch verdoppelt. Als der NATO unerwartet und unverdient diese gewaltige Ausdehnung in den Schoß fiel, hätte jeder halbwegs vernünftige westliche Politiker sagen müssen: Jetzt müssen wir aber sehr vorsichtig und diplomatisch sein, um Russland nicht noch weiter zu brüskieren. Genau das hat ja die eine der beiden oben beschriebenen Persönlichkeitsgruppen getan.

Der neue kalte Krieg hatte nicht erst mit der Verweigerung der Sicherheitszusagen begonnen, sondern bereits 2004 mit der massiven finanziellen Unterstützung der russlandfeindlichen ukrainischen Opposition (s. Chronik, Lit. Vollmer). Er ging also von den USA aus. Es waren dieses Mal nicht die Republi-

kaner, sondern die beiden Demokraten Obama und sein Vize und Ukraine-Beauftragter Biden, die es offenbar darauf angelegt hatten, Russland um jeden Preis zu schwächen. Nach Obamas bösem Wort von der „Regionalmacht“ hatte Biden 2021 Putin lange vor dem Ukraine Krieg als „Killer“ bezeichnet (Lit.Thumann) und später über ihn gesagt: „Der Mann kann nicht an der Macht bleiben“. Das hatten die Russen noch nicht einmal über Johnson oder Bush gesagt, die den Vietnam- und Irakkrieg unter erlogenen Vorwänden und mit Millionen Toten angezettelt hatten. Biden versorgte dann die Ukraine so lange mit Dollar-Strömen, bis er den Wahlsieg der westfreundlichen Julia Timoschenko über den russlandfreundlichen Janukowitsch erreicht hatte. Er hat so nach und nach die ursprüngliche Russlandfreundlichkeit der Ukraine von West nach Ost auf den russischsprachigen Donbass verdrängt (s. Chronologie 2014). Glaubt man dem damaligen Ukraine-Präsidenten Asarow, haben die US-Finanzströme 2013 auch den Maidan-Aufstand gegen sein russlandfreundliches Regime ausgelöst (Lit. Asarow). Im deutschen TV wurde damals ganz offen darüber diskutiert, dass es den USA darum ging, Russland mit seinem ewigen Hafenproblem den Hafen Sewastopol auf der Krim wegzunehmen. Das mühsam ausgearbeitete Minsk-Abkommen wurde von beiden Seiten gebrochen. In der Ukraine agierten US-Geheimdienste und dort wurden Manöver unter Beteiligung von NATO-Soldaten abgehalten.

Ist also Putin ein Unschuldengel? Ganz gewiss nicht. Aber immer bloß Kritik am Gegner üben, fördert nur die Eskalation und wird bereits von Meinungspolitik und Meinungsmedien ausgiebig genug betrieben. Nur Fakten und Selbstreflexion wirken der Eskalation und dem Freund-Feind-Denken entgegen.

Der Krieg schadet vor allem dem Ansehen des Westens

Wie wird dieser Krieg ausgehen? Selbst wenn es gelingt, einen atomaren dritten Weltkrieg zu verhindern, wird es, wie immer, auch dieses Mal nicht nur einen Verlierer geben. Sondern drei: 1.) Die Ukraine wird selbst dann Verlierer sein, wenn sie wider Erwarten die russlandfreundlichen und russischsprachigen Gebiete zurückerobert oder -bekom-

men würde. Denn selbst das würde die unnötig hohen Todeszahlen, Zerstörungen und die Klimafolgen des Wiederaufbaus nicht aufwiegen. 2.) Auch Russland wird Verlierer sein, selbst wenn es die Krim und den Donbass dauerhaft behalten würde. Denn über die eigenen Todesopfer hinaus hat es unerwartete militärischen Schwächen offenbart und sein Ansehen in der blockfreien Welt dauerhaft beschädigt. Die wird zwar weiterhin mit ihm Geschäfte machen. Zumal es keineswegs nur noch „Regionalmacht“ sein wird. Es wird vielmehr sein ewiges Hafenproblem los sein, weil seine Eismeerküste infolge des Klimawandels der kürzeste Hauptseeweg der Nordhalbkugel sein wird. Was allerdings auch ohne die Brutalität seiner „Spezialoperation“ und ohne die Verweigerung der Sicherheitszusagen durch die USA eingetreten wäre. 3.) Und auch der Westen wird so oder so Verlierer sein. Denn auch sein Ansehen in der blockfreien Welt hat drastisch gelitten. Da Europa den angegriffenen Staaten der Dritten Welt kaum je überzeugend beigestanden hat, wird die Unterstützung der Ukraine dort eher als Komplizenschaft unter Weißen eingeordnet. Die alten Verheißungen des Kapitalismus ziehen angesichts der Klimakrise und der in der Dritten Welt verursachten Armut ohnehin nicht mehr. Und das ständige, unnötige Belehrungsgehabe Deutschlands („feministische Außenpolitik“, „One-love-Binde“) wird im globalen Süden ohnehin eher als hedonistische Dekadenz empfunden.

Das hat sich auch in den UN-Vollversammlungen bei den Abstimmungen über die beiden Ukraine-Resolutionen gezeigt. Obwohl die westlichen Medien auch daraus wieder das Gegenteil zu machen versuchten. Richtig ist: In zwei UN-Vollversammlungen 2022 und 2023 wurde jeweils über Resolutionen abgestimmt, die den Angriff Russlands verurteilten und seinen vollständigen Rückzug aus den eroberten Gebieten forderten. Die Abstimmungsergebnisse waren in beiden Fällen fast gleich:

Dafür:	143 Staaten (52 % der Weltbevölkerung)
Enthaltung:	32 Staaten (41 % der Weltbevölkerung)
Dagegen:	7 Staaten (3 % der Weltbevölkerung)
Nicht abgestimmt:	11 Staaten (4 % der Weltbevölkerung)

Daraus machten die Medien: 186 von 193 Staaten hätten nicht für Russland gestimmt. Man kann aber auch sagen: Die Vertreter von 48 Prozent der Weltbevölkerung haben nicht für die Resolution gestimmt. Das trifft den Sachverhalt und die künftige Weltordnung besser, wurde aber in den Medien nicht erwähnt. Nur der „Spiegel“ brachte eine Abstimmungsgrafik in Form einer Weltkarte nach Bevölkerungsgröße. Bei der ersten Abstimmung 2022 hatten sogar über 50 Prozent nicht für die Resolution gestimmt, weil u.a. Brasilien sich damals unter Bolsonaro noch enthalten hatte. Gesamtfazit: 1.) Die bevölkerungsreichen blockfreien Staaten haben sich überwiegend enthalten und stehen dem Treiben der Großmächte eher skeptisch gegenüber. 2.) Das Ergebnis ist für Russland vernichtend. 3.) Erstaunlich: Der gesamte südamerikanische Kontinent, sowie die gesamte islamische Welt haben fast geschlossen dafür gestimmt.

Der größte Teil der Welt ist also äußerst empfindlich gegenüber Aggressionen und Grenzverletzungen. Die Hegemoniesucht von USA und NATO zwingt die übrige Welt dazu, näher zusammenzurücken. Die Blockfreien haben das Spiel der NATO und der Großmächte durchschaut (Lit. Mugglin). Sie wollen nicht selbst Schauplatz von Stellvertreterkriegen werden. Sie sind gegen jedes Vormachtstreben und wollen an einer vernünftigen Machtbalance mitwirken. „Schaukelstaaten“ werden sie deshalb vom Westen gerne genannt. Dabei ist das ihre eigentliche, Frieden stiftende Funktion: Eine Machtbalance, indem man sich stets auf die Seite der Schwächeren stellt. Die Nehrus, Titos und Sadats fehlen uns heute. Waren Deutschland und Frankreich „Schaukelstaaten“, als Schröder und Chirac sich weigerten, mit Bush in dessen lügenbasierten Irakkrieg zu ziehen?

Erst informieren. Wikipedia genügt.

Das Eintreten für die Ukraine wurde vom Westen als legitime Strategie im Namen der Freiheit oder der Menschenrechte deklariert. Oder sogar als „Humanitäre Hilfe“. Gab es auch auf Seiten Russlands derartige Rechtfertigungen? Zählt zum Beispiel Putins ständige Behauptung dazu, in der Ukraine seien infolge der westlichen Dollarströme

wieder die alten Nazis an die Macht gekommen? Arno Klarsfeld, Sohn der Nazigegnerin Beate Klarsfeld, der als Anwalt selbst Nazis verklagt und Juden verteidigt hat, sieht es so: Die Ukraine sei „ein Land, in dem Verbrecher, die Zehntausende von Juden ermordet haben, als Helden verehrt werden... Nach der Unabhängigkeit wurden die Denkmäler, die an den Sieg über den Nationalsozialismus erinnerten, gestürzt. An ihrer Stelle errichtete die Ukraine Monumente zu Ehren des Nationalisten und Kollaborateurs Stepan Bandera... Der Kult um Stepan Bandera wird aber auch mit Briefmarken und Prozessionen betrieben. Es gibt einen Gedenktag. Straßen und Stadien sind nach ihm benannt. Die Hauptstraße zur Gedenkstätte von Babyn Jar, wo 33 000 Juden ermordet wurden, trägt den Namen Bandera“ (Lit. Klarsfeld / Bittner / Wertheim / Wildt). Der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolf Perez Esquivel und Wolfgang Streeck, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, nannten Selenskyi und den vom deutschen Botschafter zum Vizeaußenminister aufgestiegenen Botschafter Melnyk in Interviews „Bandera-Freunde“ (Lit. Esquivel, Streeck). Und bei „arte“ konnte man Anfang dieses Jahres eine Doku über eine Autofahrt durch die Ukraine sehen, wo an keinem einzigen Kontrollpunkt die blaugelbe Fahne der Ukraine wehte, dafür aber an vielen die schwarzrote Banderas.

Wer das nicht glaubt, kann bei alles bei Wikipedia unter „Bandera“ oder „Massaker / Ostgalizien“ nachlesen: „Bei den Massakern wurden je nach Quelle 50 000 bis...100 000 Polen von ukrainischen Nationalisten ermordet. Die Opfer waren überwiegend Frauen und Kinder“. Nach dem Krieg tauchte Bandera in München unter. Gewiss: Deutschland hat weit mehr Massaker auf dem Gewissen. Es hat sich aber nach 1945 zum Besseren gewandelt. Auch dank Schulspeisung, Luftbrücke und US-Dollars. Die Ukraine hat sich 70 Jahre nach dem Krieg dank der Dollars Bidens dagegen zum Schlechteren zurück verwandelt.

Der Deutsche Bundestag hat den heute so genannten „Holodomor“ per Mehrheitsbeschluss als Genozid an der Ukraine eingestuft. Auch hier wäre es besser gewesen, vorher kurz bei Wikipedia

nachzuschauen. Tatsächlich hat dieser Massenmord in Russland und Kasachstan zirka 6,4 Millionen Hungertote gefordert, in der Ukraine „nur“ 3,6 Millionen. Es war eins der entsetzlichsten Verbrechen Stalins, von ähnlichen Dimensionen wie der Holocaust. Aber es war kein Völkermord nur an der Ukraine. Stalin ließ vielmehr absichtsvoll die Kulaken in der ganzen Sowjetunion verhungern, weil sie sich der Kollektivierung der Landwirtschaft widersetzt hatten. Steht alles seit -zig Jahren bei Wikipedia. Und zwar lange vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs und noch länger vor dem merkwürdigen „Holodomor“-Beschluss des Bundestages. Mit einer langen wissenschaftlichen Literaturliste. Wer das jedoch sagt, wird von Medien der AfD-Nähe bezichtigt. Weil der Westen glaubt, dass nur ultrarechte Ukrainer die Wahrheit sagen. Hufeisentheorie: Wenn sich die Medien und die drei großen Parteien der „Mitte“ am Bellizismus berauschen, können die kleinen Randparteien nur noch mit der Wahrheit Opposition machen.

Wie kann der Ukraine Krieg beendet werden? Zuerst müssen beide Seiten aufhören, weiter auf Sieg zu setzen. Verhandlungen kann es nicht geben, solange der Westen die Rückkehr zum status ante quo fordert und keinerlei Verhandlungsmasse anbietet. Ohne Nicht-Beitritt der Ukraine zur NATO wird es keinen Frieden geben. Auch für die besetzten Gebiete lassen sich viele Lösungen denken, die für beide Seiten vorteilhaft wären: Zollfreie autonome Republiken mit doppelter Staatsbürgerschaft unter UN-Schutz o.ä. Einen ähnlichen Status hatte das Saarland 1918, wenn auch nur für zwei Wochen.

Weiterhin muss die NATO einsehen, dass ihre ungeheure Ausdehnung nach Osten ein unverdienter Glücksfall war und im Interesse einer vernünftigen internationalen Machtbalance nicht immer weiter fortgesetzt werden darf. Das bedeutet, dass sie ihre Ostgrenze nicht ohne vertragliche Sicherheitsgarantien auf 410 km an Moskau heranschieben darf. Das wiederum bedeutet, dass die Ukraine nicht ohne Zustimmung Russlands in die NATO aufgenommen werden darf. Und die EU muss einsehen, dass die Ukraine nichts in der EU zu suchen hat, solange sie nicht von sich aus nach 75 Jahren endlich den unseligen Bandera-Kult beendet.

Die Wahrheit ist der Feind des Krieges



Die Wahrheit geht schrecklichen Zeiten entgegen. Nicht nur Geheimdienste, auch US-Präsidentschaftskandidaten und ganze TV-Sender wie Fox wollen mit ihren Fake News gezielt erreichen, dass überhaupt niemand mehr irgendjemandem irgendetwas glaubt. Sie wollen die Sehnsucht nach dem „starken Mann“. Darüber hinaus hat die große Zeit der Fotofälschungen, der sogenannten „deep fakes“, dank KI gerade erst begonnen. Selbst einfache Bauarbeiter posten mit KI gefälschte Fotos: Trump, wie er von der Polizei zu Boden gerissen und verhaftet wird, den Papst im modischen weißen Steppmantel oder Putin, wie er vor Xi Ping auf die Knie fällt. Ein schönes Beispiel waren auch die TV-Berichte am 19.3.2023 über Putins Besuch in Mariupol: Das sei eine reine Propagandaschau gewesen. Der Personenschutz sei versteckt worden. Die diskutierenden Einwohner seien bestimmt vom Geheimdienst gestellt. Und als man erstaunt eine heile Innenstadt in voller Beleuchtung mit Autos und völlig unbeschädigten Gebäuden sah, wurden schnell Filmsequenzen von irgendwelchen Ruinen am Tage eingeblendet. Ohnehin ist man immer wieder erstaunt, dass man westliche Regierungschefs unbekümmert zu dritt in den Kiewer Goldleisten-Palästen sieht, von denen der Geheimdienst des bösen Putin bestimmt genau weiß, wo sie stehen.

Dieser Abschaffung der Wahrheit muss der Westen entgegenwirken. Vor allem angesichts seiner Behauptung, er habe „freie Medien“. Und vor allem an den Schulen. Dort müssen regelmäßig die Medien daraufhin analysiert werden, wo es sich um Investigatives, Information, Informationsunterschlagung, Meinung, Fakes oder gar Deep Fakes handelt. Auch in den sogenannten „sozialen“ Netzwerken. Wie kann man dem als Autor und Nicht-Experte begegnen? Weniger durch TV-Skype-Interviews, als vielmehr durch exakte Belege von ausgewiesenen Fachleuten mit Angabe von Quelle und Datum und genauer chronologischer Reihenfolge. Natürlich darf man alle „Verbrecher“ nennen, die Kriege nicht vermeiden, obwohl sie es könnten. Meist sitzen die Verbrecher auf beiden Seiten. Putin ist dagegen ein „Verbrecher“, der vorher geradezu

verzweifelt versucht hat, den Gegner zu Verhandlungslösungen zu bewegen. Das haben die US-Amerikaner vor Vietnam und Irak nicht getan. Im Gegenteil: Sie haben, statt vorher zu verhandeln, Vorwände für ihren Angriffskrieg erlogen (Tonkin-Affäre, Bio-Waffen im Irak, Lit. Zumach). Auch das sollte in westlichen Berichterstattungen dem Frieden und der Objektivität zuliebe nicht immerfort verschwiegen werden. Weil man sich andernfalls auch an uns versündigt, die wir damals erfolgreich gegen den Vietnamkrieg und im Bonner Hofgarten gegen die US-SS-20-Raketen protestiert haben, zusammen mit Petra Kelly, Gert Bastian und Willy Brandt.

Europa sollte seine militärische Abhängigkeit von den USA überprüfen (Lit. Donanyi. Lafontaine, von der Schulenburg, Verheugen). Aufgrund ihrer schwer angreifbaren geographischen Lage sind die USA prinzipiell leichtsinniger im Umgang mit Kriegsrissen. Europa und NATO sind für sie nur Vorlegeländer, um den Krieg auf eigenem Boden zu vermeiden. Die US-Beflissenheit der europäischen Außenpolitik ist deshalb riskant. Es wird nicht einmal mehr die Peinlichkeit bemerkt, wenn das Land, das die meisten Millionen Kriegstoten auf der Welt verursacht hat, sich mit dem Land mit den zweitmeisten Kriegstoten darü-

ber streitet, wer welche Panzer liefern soll. Es lässt sich auch immer schwerer kalkulieren, aufgrund welcher Fake News welche US-Präsidenten gewählt werden. Europa sollte stärker die Zusammenarbeit mit den Blockfreien und dem globalen Süden suchen. Nicht nur, weil das eine selbstständigere Machtbalance und eine weniger stark polarisierte Weltordnung ermöglicht, sondern nicht zuletzt, weil es einen besseren Zugang zu solaren und umweltfreundlicheren Ressourcen ermöglicht. Hier besteht ja eine gewisse Hoffnung, dass Olaf Scholz, Robert Habeck und Cem Özdemir das inzwischen auch erkannt haben. 

Chronik einiger Fakten aus dem Internet:

Nach Eingabe der Begriffe erscheinen die Links zum Thema, vor allem von online-Ausgaben der Medien und Wikipedia.

- 1774: Bis 1774 gehörte die Krim zum Osmanischen Reich. Nach dem türkisch-russischen Krieg wurde sie 1774 zuerst neun Jahre unabhängig und fiel dann 1783 unter Potjomkin und Katharina II endgültig an Russland.
- 1941: Stalin lässt geschätzte 10 Mio. Kulaken verhungern, weil sie sich der Kollektivierung der Landwirtschaft widersetzen. Davon 6,4 Mio. Russen und Kasachen und 3,6 Mio. Ukrainer (Wikipedia).
- 1954: Zum 300. Jahrestag des Vertrages von Perejswlaw schenkt der Ukrainer Chruschtschow der Ukraine die bis dahin russische Krim. Und auch sein Nachfolger, der Ukrainer Breschnew, macht das nicht wieder rückgängig. Der Vertrag von Perejswlaw hatte 1654 die Verbindung von Russland und der Ukraine geregelt, deren Hälfte östlich (!) des Dnepr sich aus der vorübergehenden Herrschaft des polnischen Königs löste. Separationsbestrebungen werden durch den Westen sehr unterschiedlich beurteilt. Etwa die des spanischen Katalonien oder die des abessinischen Tigray im Gegensatz zur Ukraine.
- 19.7.1997: NATO-Ukraine-Charta: NATO-Gipfel in Madrid verabschiedet militärischen Partnerschafts-Vertrag mit der Ukraine. „Die Aufnahme in die NATO gestaltete sich schwierig, da Russland nicht auf die Schwarzmeerflotte und die autonome Republik Krim verzichten wollte“
- 25.9.2001: Putins mit stehenden Ovationen gefeierte Rede im Deutschen Bundestag (Protokoll Internet).
- Herbst 2004: „Orangene Revolution“ und Präsidentschaftswahlen. Die westfreundliche Julia Timoschenko wird Regierungschefin.
- 6.12.2004: „Westliche Regierungen finanzierten und steuerten die ukrainische Opposition“. „Wie der in London lebende Publizist John Laughland in der...“Zeit“ vom 2.12.2004 berichtete, erhält die ukrainische Opposition allein von USAID, einer Agentur der US-Regierung 55 Mio. Dollar... Von den westlichen Regierungen erhielten 30 oppositionelle Medien darüber hinaus finanzielle, logistische und fachliche Unterstützung...Laptops, Handys, Fahrzeuge und andere elektronische und technische Ausrüstungen“, sowie weitere Hilfen von der „Konrad-Adenauer-Stiftung, zahlreichen westeuropäischen Botschaften...und George Soros“ (Wiki News 2004).
- 29.9.2007: Spiegel-Online berichtet über den „Aufstieg der Timoschenko“ in kurzer Zeit zur Multimilliardärin. Sie besitze 10 Mrd. Dollar und kontrolliere 25 % der ukrainischen Wirtschaft.
- 2010: Die westfreundliche Julia Timoschenko verliert die Wahl gegen den russlandfreundlichen Janukowitsch. Ein Gericht beschlagnahmt 1,45 Mio. Dollar ihres Privatvermögens, weil die Ukraine durch eins ihrer Gasgeschäfte mit Russland Millionen verloren hatte.
- 11.3.2010 – 28.10.2014: Nikolai Asarow Ministerpräsident (Lit. Asarow)
- 30.3.2012: EU und Ukraine (unter dem russlandfreundlichen Präsidenten Janukowitsch) beginnen mit Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen.
- 18.11.2013: Nach dem EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso spricht sich auch Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung gegen die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens aus.
- 24.–29.11.2013: Euromaidan: Maidan-Aufstand in Kiew. Von Russland als Putsch bezeichnet (Lit. Asarow)
- 24.2.2014: Der russlandfreundliche Präsident Janukowitsch ist abgesetzt und geflohen. Die westfreundliche Milliardärin und Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko erklärt im Wahlkampf, die Ukraine werde in kurzer Zeit EU-Mitglied und erhalte vom Westen Hilfe in Höhe von 35 Mrd. Dollar (Stefan Meuser von der Friedrich-Ebert-Stiftung). Im deutschen TV wird offen diskutiert, dass Russland mit seinem ewigen Hafen-Problem jetzt seinen Hafen Sewastopol auf der Krim verlieren soll.
- 16.3.2014: Russland annektiert die Krim. Obama verhöhnt das größte Land der Welt als „Regionalmacht“. Ex-Präsidentschaftskandidat Mitt Romney bezeichnet Russland als „geopolitischen Feind Nr. 1“.
- 27.3.2014: UN-Generalversammlung verabschiedet Resolution 62/262. Darin wird die Ungültigkeit der russischen Annexion der Krim erklärt.
- Mai 2014: Vizepräsident Biden war Obamas „Ukraine-Beauftragter“. Sein Sohn Hunter Biden saß ab 2014 im Aufsichtsrat des unter Korruptionsverdacht stehenden ukrainischen Burisma-Konzerns und bezog dort über Jahre hinweg 50.000 Dollar monatlich. Als ein Staatsanwalt gegen ihn ermittelte, wurde er auf Druck Bidens entlassen. Trumps Anwalt Giuliani behauptet später sogar, Biden habe deshalb 2016 gedroht, der Ukraine die Auszahlung von US-Hilfen in Höhe von über einer Milliarde Dollar zu sperren. Wikipedia: Burisma-Konzern).
- 5.9.2014: Minsker Abkommen unterzeichnet. Die Unterzeichnung durch den UN-Sicherheitsrat am 17.2.15 macht es zum völkerrechtlichen Vertrag. Unterzeichner waren Russland, Ukraine, OSZE und der „Föderative Staat Neurussland“. Das sind die beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk (Wikipedia: Neurussland). Damit waren diese beiden neuen Volksrepu-

blicken durch Ukraine, OSZE und UN offiziell anerkannt. (Was die „Schenkung“ der Krim an die Ukraine 1954 durch Chruschtschow keineswegs war). Kurz nach der Unterzeichnung brechen russlandtreue Kämpfer das Minsk-Abkommen und erobern Debelzewe. Alles Spätere waren dann vor allem Vertragsbrüche durch die westlichen Unterzeichner. Weshalb die Neustaaten später nur von den üblichen Russlandvasallen Belarus, Syrien und Nordkorea anerkannt wurden, nicht aber vom Westen und den Blockfreien, ließ sich im deutschen Internet und in den westlichen Medien nicht ermitteln. Ursache ist wohl vor allem die Ablehnung grenzübergreifender Gebietsaneignungen und mangelnde Geschichtskennntnis.

- 21.4.2019: Selenskyi wird mit 73% der Stimmen zum Präsidenten der Ukraine gewählt und löst den amtierenden Präsidenten Poroschenko ab.
- 26.9.2019: Der „Spiegel“ berichtet, Deutschland habe der Ukraine seit 2014 fast 1,4 Mrd. Dollar an Hilfen gezahlt.
- 20.10.2019: Die Tagesschau berichtet, die USA haben der Ukraine seit den 90er Jahren Hilfen in Höhe von knapp 200 Mio. Dollar pro Jahr geleistet. Seit dem Maidan-Aufstand 2014 sei die Hilfe auf durchschnittlich 320 Mio. Dollar pro Jahr erhöht worden. Hinzu käme militärische Unterstützung in ungefähr der gleichen Höhe. Später habe Trump der Ukraine darüber hinaus für weitere 35,7 Mio. Javelin-Panzerabwehrraketen geliefert. Er habe jedoch die Sperrung der Lieferung angedroht, falls er keine Informationen über die Zahlungen Bidens an die Ukraine bekäme. Damals konkurrierten Trump und Biden im Wahlkampf.
- 17.03.2021: Biden nennt Putin fast ein Jahr vor Beginn des Ukraine-Kriegs einen „Killer“ (Süddeutsche Zeitung vom 18.3.2021) und sagt später: „Dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben“.
- 15.4.2021: „Die Zeit“ berichtet, dass Russland bei Woronesch nahe der ukrainischen Grenze 70.000 Soldaten zu-

sammengezogen hat. Sie wundert sich über „die wachsende Unsicherheit des Westens über Putins Absichten“ (Lit. Thumann) und vermutet, dass die russischen Soldaten die prorussischen Separatisten im Donbass ablösen sollen.

- 7.5.2021: Beginn der zweimonatigen NATO-Manöver „Defender Europe 2021“ mit 28.000 Soldaten in Südosteuropa, im und über dem Schwarzen Meer.
- 23.6.2021: Defender-Zwischenfall vor der Krim: Im Zuge von gemeinsamen Manövern mit der Ukraine durchfährt ein britischer Zerstörer der Hoheitsgewässer der Krim, die sowohl von der Ukraine als auch von Russland beansprucht wurden. Nach Warnschüssen von russischen Schnellbooten und Kampf-Jets kehrt er um. Infolge einer „Mega-Geheimdienstpanne“ werden später geheime Dokumente an einer britischen Bushaltestelle gefunden, aus denen hervorgeht, dass der Zwischenfall vom britischen Geheimdienst geplant worden war. Das erinnert an die (wesentlich schwerwiegendere) Tonkin-Affäre: 1964 war ein US-Zerstörer in vietnamesischen Gewässern angeblich von Schnellbooten Vietnams beschossen worden. Mit der Tonkin-Resolution setzte US-Präsident Johnson daraufhin den Eintritt der USA in den Vietnam-Krieg durch. Auch die Fotos von irakischen Atom-Anlagen, mit denen US-Präsident Bush später den Irak-Krieg durchsetzte, stellten sich bekanntlich im Nachhinein als Fälschung heraus.
- 17.12.2021: Russland übermittelt der NATO und den USA Vertragsvorschläge zur Friedenssicherung mit zusammen 20 Punkten. Hauptforderungen: Kein NATO-Beitritt der Ukraine. Keine Stationierung von NATO-Einheiten, -Raketen und -Atomwaffen (Lit. Ensel, Leo, Konfliktforscher. Die 20 Punkte werden dort aufgezählt).
- 7.1.2022: Digitales Meeting aller 30 NATO-Außenminister berät über Putins Vertragsvorschläge, beantwortet sie aber nicht. Einzige Reaktion:

NATO-Generalsekretär Stoltenberg verkündet auf der anschließenden Pressekonferenz, jedes Land habe das Recht seine Bündnispartner selbst zu wählen.

- 21.2.2022: Putin erklärt, dass für das Minsk-Abkommen keine weitere Aussicht bestehe, da es ohnehin zu großen Teilen nicht eingehalten worden sei. Am gleichen Tag unterzeichnet er die Proklamation der Selbständigkeit der beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk als selbständige Staaten.
- 24.2.2022: Russland lässt seine seit 11 Monaten bei Woronesch zusammengezogenen Truppen in die Ukraine einmarschieren.
- 5.3.2022: Auf Bitten Selenskyis fliegt der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett nach Moskau, um noch einmal einen Vermittlungsversuch zu unternehmen. Er berichtet, Putin habe angeboten, auf sein Kriegsziel, die Demilitarisierung der Ukraine zu verzichten. Und Selenskyi habe daraufhin nach einem Anruf auf den NATO-Beitritt verzichtet. Eine dementsprechende vertragliche Vereinbarung sei aber anschließend von den USA und Großbritannien blockiert worden.
- 10.3.2023, 20:15 Uhr: TV-typische „Ukraine-Doku“ des Senders Phoenix, der mit dem Begriff „meinungsstark“ wirbt: In dem Film werden die Fakten zwar chronologisch korrekt beschrieben. Die Doku wird jedoch fortwährend durch russlandfeindliche Meinungs-Statements von „Experten“ unterbrochen. Beispiel: „Das ist die perverse Argumentation Putins“. Meinungsstark!
- 10.4.2023: Nach Donahny, Schröder, Lafontaine, Mitterand und Chirac u. a. äußert nun auch Macron, dass Europa zu einer selbstständigen Außenpolitik zurückfinden muss, und sich nicht von den USA immerfort in deren künstlich angezettelte Konflikte hineinziehen lassen darf.

Literatur

Asarow, Nikolai (Ministerpräsident der Ukraine 2010 – 2014): Ukraine: Die Wahrheit über den Staatsstreich. Verlag Das neue Berlin, 2015.

Asarow, Nikolai: Ohne die Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben. <https://www.infosperber.ch/politik/welt/ohne-hilfe-der-usa-haette-es-keinen-staatsstreich-geben/>

Bauer, Wolfgang: So schafft man keine Gerechtigkeit. Der Haftbefehl gegen Wladimir Putin offenbart die Doppelmoral des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Zeit, 23.3.2023, S.13.

Beer, Maximilian: Wagenknecht beschimpft Regierung. Politikerin spricht von „Kriegsnarren“. Berliner Zeitung, 20.1.23, S.7.

Bidder, Benjamin: Joe Bidens ukrainischer Albtraum. Spiegel-online, 5.9.2019.

Bilan, Heinz / Külon, Volker / Lieberam, Ekkerhard / Wötzel, Roland: Bis alles in Flammen aufgeht. Nicht den Krieg, sondern den Frieden gewinnen. junge welt, 21.2.2023, S.12.

Bittner, Wolfgang: Die Wahrheit über die Ukraine. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=82640>

Boy, Ann-Dorit / Petrov, Fedor / Sarivic, Alexander: Putins Kinderraub. Spiegel 15/8.4.2023, S.84f.

Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, 1997, S. Fischer-Verlag, 2001, S.96-97

Von Dohnanyi, Klaus: Ich habe vor dem Krieg gewarnt. D. ruft die EU dazu auf, ihre eigenen Interessen gegenüber den USA zu vertreten. <https://www.infosperber.ch/politik/klaus-von-dohnanyi-ich-habe-vor-dem-krieg-gewarnt/>

Von Dohnanyi, Klaus: Europas Interessen sind andere als die der USA. Interview <https://www.infosperber.ch/politik/welt/von-dohnanyi-europas-interessen-sind-andere-als-die-der-usa/>

Von Dohnanyi, Klaus: Die Abhängigkeit von einer desaströsen USA wird in Berlin nicht mehr ernsthaft thematisiert. NDR und Frankfurter Rundschau, 04.22

Ensel, Leo (Konfliktforscher): Das ignorierte Angebot: Russlands Briefe vom 17. Dezember 2021. 17.2.22, S. 2. <https://www.infosperber.ch/medien/ueber-die-netzwelt/das-ignorierte-angebot-russlands-briefe-vom-17-dezember-2021/v.16.12.2022>.

Ensel, Leo (Konfliktforscher): Deutschlands Crème der Russlandkritiker gießt Benzin ins Feuer. „Die Zeit“, einst das deutsche Flaggschiff der

Entspannungspolitik, lässt heute Prominente zu „Taten“ gegen Russland aufrufen. <https://www.infosperber.ch/politik/europa/deutschlands-creme-der-russlandkritiker-giesst> 29.1.2022

Fukuyama, Francis: Die Welt ist näher an 1914 als an 1939. Interview durch Majid Sattar. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.2.23, S.2.

Gasche, Urs P.: Nato sollte an Beitritts-Option der Ukraine nicht festhalten. Info sperber, Schweiz

Gasche, Urs P.: Die Verteidiger der US-Herrschaft und die „Putin-Versteher“. <https://www.infosperber.ch/politik/die-verteidiger-der-us-vorherrschafft-und-die-putin-versteher/>

Gasche, Urs P.: Russlandversteher in Berlin mit 2000 Euro bestraft. <https://www.infosperber.ch/freiheit-recht/buergerrechte/russlandversteher-in-berlin-mit-2000-euro-bestraft/>

Gladic, Mladen: Die Offensive der Verhandlungsfreunde, Die Welt, 17.2.23, S.14

Göbel, Rüdiger: Maulkorburteil für Kriegsgegner. Friedensaktivist soll wegen Gedenkrede am sowjetischen Ehrenmal hohe Geldstrafe zahlen. junge welt, 24.1.23, S.3

Gysi, Gregor: Meine historische Aufgabe habe ich erfüllt. Die Nato...habe viele Fehler gemacht. Interview durch A. Bochow. Lausitzer Rundschau, 22.3.23, S.4f.

Habermas, Jürgen: Krieg und Empörung. Süddeutsche Zeitung, 29.4.22, S. 12f.

Habermas, Jürgen: Ein Plädoyer für Verhandlungen. Süddeutsche Zeitung, 15.2.23, S.10f

Hauswedell, Corinna (Friedensforscherin): Diskreditierung des Pazifismus. Dialog braucht Raum ohne Raketendonner. Interview durch Bascha Mika. Frankfurter Rundschau, 18.3.23, S.2f

Käufer, Tobias: „Die Deutschen haben nichts dazu gelernt“. Nobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel bezeichnet Selensky als Nazifreund und kritisiert Panzerlieferungen. Die Welt, 16.2.23, S.5

Klarsfeld, Arno: Die Ukraine hat in der EU nichts zu suchen. Interview durch Jürg Altwegg, Weltwoche, 11.3.23. (Die Weltwoche ist eine rechtsnationale Schweizer Wochenzeitung. Klarsfeld berichtet u.a., dass seine Beiträge in den Mehrheitsmedien nicht mehr angenommen werden).

Kissinger, Henry: So lässt sich ein weiterer Weltkrieg vermeiden. <https://www.infosperber.ch/politik/welt/kissinger-so-laesst-sich-ein-weiterer-weltkrieg-vermeiden/>

Kujat, Harald (Generalmajor a.D.): Russland will verhandeln! <https://www.emma.de/artikel/russland-will-verhandeln-340083>

Kornelius, Stefan: Henry Kissinger. Ein 99-jähriger mit einer Lektion in Realpolitik. Süddeutsche Zeitung, 27.5.22

Lafontaine, Oskar: Der Westen muss „Putin-Versteher“ werden. 14.2.22. zeit-online. <https://www.zeit.de/news/22-02/14/lafontaine-der-westen-muss-putin-versteher-werden>

Lang, Christoph: Annalenas scharfer Ton. Interview. Der Freitag, 14.12.22

Lokshin, Pavel: Warum Putin jetzt Angriffe auf Moskau fürchtet. Ukraine setzt vermehrt Drohnen ein. Die Welt, 22.3.23, S.6

Malzahn, Claus Christian: Unglaublicher Missbrauch feministischer Rhetorik. Ex-Leiter der Böll-Stiftung Kiew wirft Grünen im Ukraine-Krieg Versagen vor. Auch der Außenministerin. Die Welt, 12.4.22, S.4.

Mearsheimer, John (US-Politologe, Uni Chicago): Die Nato hat mit dem Feuer gespielt und sich verbrannt. Interview Dominik Kalus, Die Welt, 1.2.22, S.6.

Mugglin, Markus: Der globale Süden gegen Russland und gegen Sanktionen. Russlands Rückhalt in der Welt ist sehr gering, jener des Westens aber auch nicht groß. info sperber, 8.3.23.

Müller, Christian: Darum fordert die Nato den Stop der Nato-Osterweiterung. Jeder Staat hat das Recht auf eigene auf Sicherheit – aber nicht auf Kosten der Sicherheit des anderen Staates. OOSZE Istanbul 1999. <https://www.infosperber.ch/politik/darum-fordert-russland-den-stop-der-nato-osterweiterung/>

Münkler, Herfried: Das sind Schlachten wie 1915 – 1919. Die Welt, 20.2.23, S. 14f

Münkler, Herfried: Dieses Manifest desavouiert die gesamte Idee des Pazifismus. Interview durch Joachim Frank, Frankfurter Rundschau, 15.2.23, s.22.

Nienhuysen, Frank: Putin fordert Garantien der Nato – sofort. Kreml-Chef verzichtet aber. auf Eskalation, Süddeutsche Zeitung, 24.12.21.

Panka, Mishra: habt ihr das alles bis zum Ende durchdacht? Der Spiegel, 30.4.22.

Precht, Richard David: Wo bleibt der Schritt zur Vernunft? Wer aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernt, ist verdammt sie zu wiederholen. Stern 17.3.22, S.100f.

Puppe, Matthias / Peikert Denise: Linke entsetzt von Pellmanns Relativierung des Krieges. Umstrittene Erklärung von sieben Bundestagsabgeordneten gibt der Nato Mitverantwortung..., Leipziger Volkszeitung, 3.3.22, S. 8.

Putin, Wladimir: Rede am 25.9.2001 im Deutschen Bundestag. ARD-Mediathek, YouTube.

Putin, Wladimir: Offen sein, trotz der Vergangenheit. Putin schreibt über seine Sicht auf Europas Geschichte und seine Vorstellung von einer gemeinsamen Zukunft. Zeit-online. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941-europa-russland-geschichte-wladimir-putin>

Sasse, Gwendolyn: Der Krieg in der Ukraine. München 2022.

Scheidler, Fabian: Naftali Bennett wollte den Frieden zwischen Ukraine und Russland. Wer hat blockiert? Berliner Zeitung, 6.2.23 <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-der-hat-blockiert-li.314871>

Schöllgen, Gregor / Schröder Gerhard: Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen. DVA 2022.

Schröder, Gerhard: Gemeinsame Sicherheit statt Selbsterstörung. Berliner Zeitung, 8.10.22, S. 23/24.

Von der Schulenburg, Michael (Ex-UN-Diplomat): UN-Charta: Verhandlungen! Warum nicht nur Russland, sondern auch der Westen gegen die UN-Charta verstößt. Die gebe dem Westen nicht das Recht, ...alle Friedensbemühungen zu verweigern. Emma, 6.3.23.

Schuster, Jacques: Der Westen muss Putins Ängste ernst nehmen. Die Welt 20.12.21, S.6

Schwarzer, Alice / Wagenknecht Sarah: Manifest für Frieden.

Strecek, Wolfgang: Die USA meinen es bitterernst. Interview durch Michael Hesse, Frankfurter Rundschau, 25/26.2.23, S.30f

Supp, Barbara: Mit Panzern spielen. Dieses Land macht sich auf den Weg in den Militarismus. Ich gehe nicht mit. Der Spiegel 11/11.3.2023.

Tertrais, Bruno: Die Geschichte zeigt, wie der Ukraine-Krieg enden könnte. Historische Parallelen sind teilweise erschreckend. Die Welt, 4.3.22, S.5.

Thumann, Michael: In der Zange. Russland beordert Zehntausende von Soldaten an die Grenze zur Ukraine. Putin will beweisen, dass ohne ihn nichts geht. Die Zeit, 15.4.2021 (zehn Monate vor Beginn des Ukraine-Kriegs), S.8

Verheugen, Günter: Willentlich und wissentlich eine Linie überschritten. Verheugen über das Dilemma der Deutschen und den Traum von einem selbstbestimmten Europa. Interview durch Michael Maier, Berliner Zeitung 11.2.23, S. 28f.

Vollmer Antje: Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht 2014 begonnen. Interview durch Harald Neuber. Telepolis Heise online, 15.11.22.

Vollmer Antje: „Was ich noch zu sagen hätte“, Berliner Zeitung, 16.3.23

Wertheim, Stephen (Historiker am Carnegie-Center, Washington): Die Nato sollte an Beitritts-Option der Ukraine nicht festhalten. Interview von Urs P. Gasche, infosperber. <https://www.infosperber.ch/politik/nato-sollte-an-beitritts-option-der-ukraine-nicht-festhalten/>

Wildt, Michael (Historiker): Die Deutschen wissen zu wenig über Osteuropas Gewaltgeschichte. W. über verzeihliche und weniger verzeihliche Fehleinschätzungen mit Blick auf die russische Politik. Interview durch Harry Nutt. Frankfurter Rundschau, 9./10.4.22, S.34.

Zumach, Andreas: Russlands Partner und die Verbrechen des Westens. Info-sperber, 19.3.23 (Schweiz). (Erschien zuerst in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2023).

Zum Autor

Prof. Günther Moewes



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus. Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften:

„Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013), „Arbeit ruiniert die Welt“ (2013).

Webseite:

<http://www.guenthermoewes.de>